

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Potenziale der Solarenergie endlich auch in Mecklenburg-Vorpommern nutzen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass Mecklenburg-Vorpommern bei Nutzung und Ausbau von Solarenergie im Bundesvergleich im unteren Drittel zu finden ist. Die Potenziale werden nur unterdurchschnittlich genutzt. Die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag sind bis heute nicht einmal ansatzweise umgesetzt.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. den Leitfaden zum Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie dem Landtag bis zum 30. Juni 2019 vorzulegen.
 2. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2018 einen Zeitplan für den Aufbau eines landesweiten Solarpotenzialkatasters vorzulegen.
 3. einen Masterplan für einen beschleunigten Ausbau von Photovoltaik auf Landesgebäuden bis zum 30. Juni 2019 vorzulegen.
 4. ein Förderprogramm aufzulegen, welches Privathaushalten zugute kommt, die zur Selbstversorgung eine Solaranlage inklusive eines Batteriespeichers errichten.
 5. einen Runden Tisch mit den Wohnungsunternehmen im Land zu initiieren mit dem Ziel, nötige Instrumente zu entwickeln, um vermehrt Mieterstrommodelle im Land umzusetzen.
 6. sich darüber hinaus auf Bundesebene für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle einzusetzen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die Landesregierung selbst räumt ein, dass die Potenziale der Solarenergie in Mecklenburg-Vorpommern nur unterdurchschnittlich genutzt werden. Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag werden gar nicht oder nur sehr zögerlich umgesetzt. Außerdem sind die Instrumente unzureichend. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer, wie Thüringen oder Brandenburg, ist es notwendig, die Errichtung von Solaranlagen mit Batteriespeicher in Privathaushalten zu fördern, um auch hier Anreize für einen schnelleren Ausbau zu setzen. Mieterinnen und Mieter in Wohnungen können davon bisher nicht beziehungsweise nur sehr wenig profitieren. Es muss zwingend ein Dialog mit den Wohnungsunternehmen geführt werden, um sogenannte Mieterstrommodelle im Land zu fördern. Das schafft auch Akzeptanz gegenüber der Energiewende.